





der Regierung gebildet wären. Aber der Verlauf wäre wahrscheinlich ein anderer gewesen, der Nachhall weniger verhängnisvoll und die Stellung der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung eine wesentlich günstigere, als es unter der Einwirkung der Spaltung tatsächlich geschah. Es ist eine große Verantwortung, welche diejenigen auf sich geladen haben, die damals die Sozialdemokratie nicht schnell genug wieder auseinanderreiben konnten, nachdem das große Geschehen des 9. November 1918 sie zusammengeführt hatte.

Das zweite Versagen erfolgte im Juni 1920 nach der Reichstagswahl. Mit 80 Abgeordneten rückten damals die Unabhängigen in den Reichstag. Ihrer Agitation war es zugute gekommen, daß die Sozialdemokraten die Kompromisse eingehen mußten, ohne die das unabwiesbar notwendige Werk der Herstellung der Verfassung der Republik nicht unter Dach und Fach gebracht werden, die Republik keine Regierung haben konnte. Nun galt es eine neue Regierung zu bilden. Sie war als Regierung der Linken nur möglich, wenn die unabhängige Sozialdemokratie bereit war, an ihr teilzunehmen. Hermann Müller, damals Reichskanzler, lud sie in der entgegenkommendsten Weise ein, ihre Bedingungen für eine Mitwirkung darzulegen. Die Partei aber versagte wieder. Sie gebardete sich als zu erhaben, die gestellte Frage auch nur in Betracht zu ziehen, ließ es nicht einmal auf einen Versuch der Verständigung über eine Regierungsbildung ankommen. Ein abweisender Brief voll ausgeführten Hohns war die Antwort auf Müllers Einladung.

Schlimmer noch. Ton und Inhalt des Schreibens bewiesen, daß die Sozialdemokraten, wenn sie in der Regierung blieben, die 80 Unabhängigen als feindselige Opposition im Rücken haben würden. Das wäre für sie als Partei, das wäre aber auch für die Republik selbst ein unerträglicher Zustand gewesen. Sie sahen sich genötigt, von der Regierung zurückzutreten, und es erfolgte der Eintritt der Nationalliberalen in die Regierung der Republik. Mit welcher Wirkung für die innere und äußere Lage Deutschlands haben wir zur Genüge erfahren.

Die Wirkung wäre unzweifelhaft noch schlimmer gewesen, wenn nicht Preußen wenigstens seine Regierung der Linken behalten hätte. Die ist nun jetzt aber ernsthaft in Frage gestellt. Demokraten und Zentrum erklären, nach dem Ergebnis der Landtagswahl sei die Basis für eine Regierung der Linken „zu schmal“. Man kann das mit gutem Zug bestritten, in Ländern, die schon lange parlamentarisch regiert werden, hat man die Erfahrung gemacht, daß Regierungen mit kleiner Mehrheit oft lebenskräftiger sind als solche mit großer. Indes muß zugegeben werden, daß es kein angenehmer Zustand ist, wenn eine Handvoll Leute durch Unbotmäßigkeit einen in die Minderheit bringen können. Aber die Basis kann nicht nur nach rechts, sie könnte ebenförmig nach links hin verbreitert werden, wenn — es sei wiederholt — wenn die Unabhängigen sich der politischen Verantwortung, die sich aus dieser Lage für sie ergibt, bewußt und dazu entschlossen wären, ihr Genüge zu leisten.

Sie sind im Abgeordnetenhaus heute 30 Mitglieder stark, und das würde ausreichen, die ziffermäßige Basis für eine Regierung der Linken selbst gemäß den Ansprüchen der Bürgerlichen tragbar zu gestalten. Und da die Unabhängigen nun des moskowerischen Einschlags ledig sind, fallen manche Bedenken hinweg, die sonst ihren Eintritt in eine Regierung der Republik erschweren würden. Es läme nur darauf an, daß von ihrer Seite Erklärungen abgegeben würden, die ein erspriessliches Zusammenarbeiten auf dem Boden der demokratischen Republik in Aussicht stellen und Anerkennung von deren staatlichen Notwendigkeiten zum Ausdruck bringen.

Sie sollten den Unabhängigen nicht sehr schwer fallen. Denn ihr ganzes parlamentarisches Tun wäre widersinnig, wenn ihm nicht die tatsächliche Anerkennung dieser Republik zugrunde läge, sie sich mit ihm nicht auf ihren Boden stellten. Aber — die Macht der Gewohnheit und der Ueberlieferung! Unsere Nachbarn auf der Linken sehen, was in Frage steht, sie wissen, daß hier Opfer gebracht werden müssen, soll der Weg der Republik nicht noch weiter nach rückwärts gehen, und sie gehalten sich doch wie kritische Zuschauer, die das-

jenige, was sich auf dem Kampfplatz abspielt, selbst nicht berührt. Ist keiner unter ihnen, der im Angesicht der großen Verantwortungen den Mut findet, hervorzutreten und seinen Genossen zuzurufen: Wollen wir wirklich auch diesmal versagen?!

### Rabinett Stegerwald fertig?

In parlamentarischen Kreisen verlautete am Dienstagabend mit großer Bestimmtheit, daß Stegerwalds Bemühungen, ein Übergangskabinett zu bilden, zum Ziel geführt hätten und daß das Kabinett fertig wäre. Die erwartete Veröffentlichung der Ministerliste erfolgte jedoch bis Mitternacht nicht, auch sonst erging keine amtliche Nachricht über die Kabinettsbildung, so daß man doch noch mit Schwierigkeiten in letzter Stunde rechnen muß.

Jedenfalls scheint das eine sicher zu sein, daß nämlich die Demokraten im Laufe des gestrigen Tages wieder umgefallen sind. Nachdem sie am Montag Herrn Fischbeck aus dem Kabinett Stegerwald hinausdirigiert hatten, besannen sie sich am Dienstag eines anderen und beschloßen, sich an dem Kabinett Stegerwald zu beteiligen. Dies Verhalten erleichtert Herrn Stegerwald seine Kabinettsbildung, ermöglicht ihm freilich auch nur ein solches Kabinett zustandzubringen, das von der Unterstützung der Deutschnationalen abhängig ist.

Die „Germania“ bringt eine Erklärung des erkrankten Abgeordneten Gronowski (Zentrum), die bestrittet, daß in der interfraktionellen Sitzung vom 8. April die bekannte Vereinbarung über den eventuellen Rücktritt Stegerwalds getroffen worden sei. Ebenso wiederholt der Abg. Dr. Borsch seine gleichlautende Erklärung.

Von den Neben Teilnehmern der Sitzung wissen also zwei, und zwar die Zentrumsabgeordneten Gronowski und Dr. Borsch, nichts von der Vereinbarung, während fünf Abgeordnete, die Demokraten Dominicus und Dr. Preuß und die Sozialdemokraten Siering, Hellmann, Limberg sich ihrer auf das Bestimmteste entsinnen. Zu dem Erinnerungsvermögen dieser fünf Abgeordneten treten dann noch als Ergänzung die schriftlichen Aufzeichnungen des Abg. Dominicus.

Angesichts dieses zahlenmäßigen Verhältnisses erscheint die moralische Entrüstung des Herrn Dr. Borsch sehr schlecht fundiert, der erklärt, sich nicht mehr mit Leuten an einen Tisch setzen zu wollen, die ihn der Unwahrheit bezichtigten würden. Wer mit seiner Darstellung sich derartig in der Zeugnisminderheit befindet, sollte der Gegenseite den Vorantritt in der moralischen Entrüstung lassen. Aber auch die demokratische Presse sollte etwas Verständnis dafür aufbringen, daß die sozialdemokratischen Unterhändler hier einen Kampf um ihre Ehre und den Ruf ihrer unbedingten Zuverlässigkeit führen, der ihnen in einer bis jetzt unvorhergesehenen Weise aufgezwungen worden ist. Die demokratische Presse entrüstet sich über die Preisgabe des Gesprächs Dr. Heß-Dominicus in der vom Genossen Hellmann herausgegebenen „Sozialistischen Korrespondenz“. Mag sein, daß hier ein formaler Verstoß gegen gewisse Gepflogenheiten vorliegt. Aber der in der „S.A.“ wiedergegebene Inhalt des Gesprächs wird bezeichnenderweise nicht bestritten. Und da scheint es uns ungleich mehr die Entrüstung herauszufordern, wenn Herr Dr. Heß den Versuch gemacht hat, den Zeugen eines wichtigen politischen Vorganges in bedenklicher Weise zu bezaubern.

In der Rücktrittsfrage ist die Darstellung gerade der beiden demokratischen Abgeordneten von äußerster Bedeutung. Denn sie sind sachlich eher an einer Darstellung der Verhandlungen im Sinne des Zentrums als im Sinne der Sozialdemokratie interessiert. Wenn sie gleichwohl die Darstellung der Sozialdemokratie bestätigen, so wird das für jeden objektiven Beurteiler ausschlaggebend sein. Und nun verseye man sich bitte in die Seele der sozialdemokratischen Unterhändler. Erst leugnet man ihnen die getroffenen Abmachungen ins Gesicht ab, und zwar geschieht das

seitens des Herrn Dr. Borsch in einer sie sich wer bel, idigenden Weise, und als sie sich dann auf unantastbare neutrale Zeugen berufen, erfolgt der Versuch des Dr. Heß, einen der wichtigsten Zeugen zu beeinflussen, indem er dem Zeugen die ausdrückliche Frage vorlegt, ob er öffentlich dasselbe wie privatim befunden werde. Darf man es da den sozialistischen Unterhändlern vom menschlichen und moralischen Standpunkt aus verübeln, wenn sie sich gegen die drohende Diskreditierung ihrer Person aufs äußerste zur Wehr setzen? Darf man sich da über einen formellen Verstoß in der Verteidigung entrüsten, wenn man über das sachliche Vorgehen der Gegenseite kein Wort der Empörung findet?! Das Geschrei über Indiskretion scheint doch nur angetan, die Aufmerksamkeit von dem entscheidenden Punkte abzulenken, nämlich von der Tatsache, daß hier von Zentrumsseite der Versuch gemacht wird, mit den allerbedenklichsten Mitteln sich eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen.

### Kindereien in Potsdam.

Am Dienstag nachmittag wurden von den zur Teilnahme an der Befehlsgangfeier der früheren Kaiserin herbeigeeilten Gästen größere Rundgebungen vor den Wohnungen der in Potsdam abgestellten Heeresführer veranstaltet. Große Züge mit Fahnen bewegten sich zum Kasartheater, wo Feldmarschall Radenkes Wohnung genommen hatte und zur Villa Hegnig in der Weinmeisterstraße, wo Hindenburg und Lubendorff wohnten. Es wurden „patriotische“ Liebesgesungen und nationalistische Ansprachen gehalten.

Diese Rundgebungen sind, zehn Tage vor dem 1. Mai, politische Kindereien. Aber sie passen so ganz zu dem Geist von Potsdam, der sich bei der Beerdigung wieder so herrlich offenbarte, daß der Berichterstatter der „Täg. Rundschau“ ganz entzückt von ihm ist. In dem Oberlehrer-Blatt kann man nämlich folgende Erbauung lesen:

Alle Großkadineugier und Spalierseitigkeit in Würdigung gebracht, die bloße Zahl der in Trauerkleidung erschienenen Frauen, vor allem der besten Gesellschaftskreise, war so gewaltig, daß ein Zweifel an der Echtheit und Unrichtigkeit dieser Trauer gar nicht aufkommen kann. Wie viele Kriegstrümpel waren allein in den Zügen zu sehen! Aber es waren die, welche heute noch stolz auf ihre Wunden wie ihre Schläfen sind, nicht jene Kadustrümpel, die ihr Unglück zu Demonstrationen zwecken spazieren fahren, um mit einem Massenaufgebot unglücklicher Gestalten Eindruck zu machen.

Die proletarischen Kriegstrümpel, die in Gefahr stehen, weggeschoben zu werden, die Männer mit zerfetztem Gesicht, mit zerfundenem Körper, die nicht wissen, wie sie ihr Leben krönen sollen, das sie zur Hälfte auf den Schlachtfeldern gelassen, während die Söhne der eben begabenen Frau wohlgenährt in Deutschland herumstolzieren, — diese proletarischen Kriegsverletzten sind nach dem Zeugnis des deutschnationalen Blattes „Kadustrümpel“.

Aber diese proletarischen Elemente gehörten nicht in das Bild, wo die Trauerkleidung der Frauen, vor allem der besten Gesellschaftskreise dominierte. Denn, so singt der Mann des „Blattes der Gebildeten“:

„Alles hatte seinen Rang, seinen Abstand, wie es sich gehört und wie es sein muß, wenn nicht die allgemeine Bewunderung sich greifen soll. . . . Es hält auseinander, wenn einmal nicht zusammengehört. Der von irgendwoher zugewanderte gehört nun einmal nicht neben den Gardeliebkorn, dessen Großvater bis ins Mittelalter reicht. . . .“

Das müssen sich nun die Neugierigen sagen lassen, die die Rede über im Park von Potsdam „Bantorbelt“ geleistet haben, um nur ja mit dabei sein zu dürfen. Sie gehörten eigentlich gar nicht neben den — Gardeliebkorn!

Dafür aber waren einige russische Generale abwesend — unter anderen der bekannte „Fürst“ Kowalow-Bermon, der Botschaftsführer aus dem Baltikum —, die als Konterrevolutionäre sich neben dem deutschen Gardeliebkorn sehen lassen durften.

Der Teil des deutschen Bürgertums, der heute wieder schweißweind hinter dem Jollerntroß herläuft, bestätigt lediglich das Wort jenes alten nationalliberalen Führers von ehemals: Hundt sind wir ja doch!

### Der Spielfilm.

Von Dr. Erich Rickinger, München.

Weshalb, wie früher schon in der Literatur der Ruf nach dem „Handlungsroman“ ertönte, ist jetzt für den Film der „Spielfilm“ als Forderung des Tages aufgestellt worden, der Wert und Wirkung in einer konzentrierten „spannenden“ Handlung und einer völlig durchgebildeten Darstellung der Schauspielerei sucht. Doch der Film nur von Handlung lebt, ist der Grund aller Kinoweisheit; bemerkenswert ist dagegen die mehr materiellen als idealen Gründen entsprechende Erkenntnis, daß auch mit verhältnismäßig geringen Mitteln stärkste Erfolge erzielt werden können.

Diese heilsame Rückschlüsse und Emanzipationserkenntnis könnte dem von pedantischem Aesthetendochmut freien literarisch-pädagogischen Standpunkt nicht unwillkommen sein. Durch einen geschmackvoll gezeigten Spielfilm könnte die Rosenfeste von Ueberfälligkeit und Ueberreiztheit befreit werden, ohne daß das wohlverstandene Recht der Phantasie unterdrückt würde. Ein energischer, geschickter Ausbau des Spielfilms ließe erwarten, daß die Seifenblase des übertriebenen Ausstattungsfilms zerplatzen und die Randschwärze des gang und gäbe zusammengestoppten Kriminal- und Sensationsfilms auch im letzten Vorstadtkino überwunden würde.

Um sich dem Strom der die Stunde regierenden Unkultur entgegenzustellen, bedarf es nicht einmal eines Welt- und Menschheitsdichters ersten Ranges; andererseits genügt aber auch kein neuer Rogebue und Koupaq des Films, der das Flächenhafte seiner Handlung mit literarischen Klären maskiert. Der neue Pfadfinder muß mit technischer Meisterhaft eine an Höhepunkten reiche, lebendige Handlung zu gestalten wissen. Der zusammenhaltende Faktor der Szenen wird dabei nicht, wie in vielen Fällen, uns das rollende Filmband sein, sondern der dramatische Kern. Der klare Kopf des Dichters wird ihn, auch wenn er moralischer Leidenschaft und sozialem Pathos mächtigere Ventile öffnet, vor jeder Reizerei und Dinge peinlich überspannenden Effekthascherei bewahren. Sein romantisches Herz läßt ihn die naive Lust der Menge an der spannenden Wiedergabe des bunten Lebensspiels mitfühlen verstehen. Seine Gestaltungsgabe muß das Geheimnis der Kunst begründet haben, die immer nur zu unterhalten scheint und doch über der bloßen Unterhaltung steht. Die mit Konsequenz durchgeführte Charakterzeichnung bietet kräftig und sinnfällig herausgehobene lebenswahre Menschen. Die psychologische Durchleuchtung wird das Detail mehr der augenfalligen mimischen Darstellungskraft der Schauspieler überlassen müssen und nur die Grundfarbe stärker anhängen. Dem Reiz der Lokalfarbe wie der Bedeutung der Zeitsfarbe wird ihr Recht, ohne daß dadurch, wie so häufig, das unveränderliche Menschliche verdeckt wird.

Die bisherigen Anfänge des Spielfilms lassen leider erkennen, daß die Autoren sich gegen den reinen Kitz zwar mit größerer Vorsicht verhalten, aber die Vordämme der Sensation und erotischen

Käuberromantik nicht entbehren zu können glauben. Von der kapitalistischen Filmindustrie ist dabei wenig zu hoffen; denn „Literatur verdichtet des Geschehens“. Auch ist zu befürchten, daß die Film dramaturgen, mit deren mehr oder minder klangvollen Namen jetzt die einzelnen Firmen sich verdrängen, ähnlich wie ihre Kollegen von der Schaubühne, einen entscheidenden Einfluß nur dann haben, wenn sie zugleich Kreditoren sind.

Alles Bedauern über die bisher nur schwächliche Entwicklung des Spielfilms darf nicht davon abhalten, unabhängig an seinem inneren Ausbau zu arbeiten. Mit seiner Erwerbung wäre ein Graben gewonnen, von dem aus der Kampf für den Einfluß des gefunden literarischen Geschmacks auf den Film mit Erfolg weitergehen könnte.

**Tribüne: Franz Molnar „Der Teufel“.** Der Theaterkritiker Molnar macht es sich in seinem „Teufel“ bequem. Er verlegt, statt die inneren Vorgänge seiner Figuren zu gestalten, diese inneren Vorgänge nach außen in eine meschepotepische Gestalt, den Teufel, der hier als tipptopper Gesellschaftsmensch auftritt, und läßt von diesem die Ehebruchsangelegenheit, um die es sich natürlich handelt, arrangieren. Das hätte ganz witzig werden können, aber Molnar war recht lahm im Geiste, als er dieses „Spiel“ komponierte. Eine geuliche Langeweile gähnt heraus, und man stellt fest, daß dieser Molnar gar nicht der große Theaterbedürftige ist, zu dem man ihn immer wieder zu stampfen sucht. Die Regie Eugen Roberts unterwirft die Ungeheuerlichkeiten des Aufbaus, da er sie auf „Tiefe“ spielen ließ, ein Versuch, der ebenso am Vibretto mit seinem unsäglichen Jargon wie an den Darstellern scheitert. Vielleicht wäre aus dem „Spiel“ etwas Amüsantes zu machen, wenn es ganz auf das Spielerische gestellt wird, ganz leicht, ganz bewußt ohne Tiefe genommen wird. So kam eine Halbheit heraus, in der die amorale „Weisheit“ des Teufels eine läche Dekoration abgab. Arnold Korff, der für Harry Walden den Teufel spielte, würde in einem Wiener Ensemble gewiß nicht ohne Reiz sein. Hier aber, zusammen mit Mitspielern, unter denen auch nicht ein Darsteller oder eine Darstellerin ist, der oder die etwas mit Schauspielkunst zu tun hätte, wird auch er lahm gelegt und muß mit schlechter „teufelischer“ Mimik die endlosen Pausen der Hilflosigkeit seiner Mitspieler ausfüllen. Hanno Ralph konnte für die Isanthe nur ihr Aussehen und ihre Toiletten einsehen; alles andere stand unter den bescheidensten Ansprüchen, wo auch Johanna Niemann und Dora Schläder blieben — von den übrigen ganz zu schweigen. Ein kultiviertes Publikum, das man in diesem Kammertheater eigentlich voraussehen sollte, hätte die Aufführung wohl registriert. Das Premierenpublikum aber war begeistert und rief seine Lieblinge oft. D. E. S.

**Erkung deutscher Wissenschaft.** Die Kopenhagener Gesellschaft der Wissenschaften wählte als ausländische Mitglieder u. a.: Historisch-philosophische Klasse: Prof. Fr. Meinecke, Berlin und Prof. H. W. Müller, Berlin; Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse: Prof. E. Gombau, Göttingen, Prof. A. Morgenroth, Berlin, Prof. August von Wassermann, Berlin und Prof. S. Wintler, Hamburg.

Die Genossenschaft deutscher Bühnennangehöriger beging in Frankfurt am Main die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Dem eigentlichen Festakt in Bürgerhalle des Römers ging eine schlichte, ergreifende Feier zur Enthüllung der Ludwig-Barnag-Lafel am Dederweg voraus, von welcher Städte aus Ludwig Barnag vor 50 Jahren einen Aufruf zu einem engeren Zusammenschluß aller Bühnenkünstler erlassen hatte. Im Römer selbst hatte sich eine feierliche Festversammlung eingefunden, dorunter der große Barnag selbst, dem lebhafteste Huldigungen dargebracht wurden. Den Festakt eröffnete der Hymnus „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“, worauf Präsident Riedel einen Rückblick auf die Entwicklung der Genossenschaft warf, der mit dem Gebnis, das deutsche Theater stets als Tempel der Kunst zu betrachten, endigte. Weitere Ansprachen hielten Stadtrat Berneder, als Vertreter der Stadt Frankfurt, der heftige Kultusminister Dr. Strecker, Dr. Albrecht-Frankfurt im Auftrage des Reichsverbandes der deutschen Presse, Präsident Stern vom deutschösterreichischen Bühnenerverein, Ludwig Judas namens der deutschen Bühnenschriftsteller und Komponisten, Generalintendant Weichert-Frankfurt, der Präsident des Bühnenervereins Baron von Puffig und Ludwig Barnag selbst, dem nicht erdenklicher Beifall dankte. Vom Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und vielen Ministern waren Glückwünsche eingegangen. Am Tag beschloß eine Feier im Schumann-Theater.

**Im Deutschen Opernhaus** eröffnet Kurt Taucher am kommenden Donnerstag sein Schauspiel als Tanzhüter. Am Sonnabend legt Dresden Kammeränger das Schauspiel als Canaraball in Tosca. In Tosca: Frau Salostini, Scarpia: Herr Reisinger.

**Ordnung** wurde mit ganjähriger Vertragsfrist an Staatsoper engagiert. Er wird zum erstenmal als Held auftreten. **Vorträge** über „Proletarische Kunst“ hielt der Bildhauer Otto Nagel am Donnerstag 7 Uhr in der Völkler-Rundh. im Hofung, Petersburger Str. 20. — Dr. Edwin Heßler, der Reichstagsmarsch, sprach am Donnerstag, 21. d. M., im Saal des Kunstgewerksmuseums über „Kunst, Reformen und Wirtschaftsliebe“. — Im Großen Kabinett, Amalienbäum 33, im Donnerstag 8 Uhr, 10 Uhr aus Berlin von Richard.

**Der Meindische Männerchor** Berlin 1900, H. d. U. S. S. D. beauftragt am Sonntag 7 Uhr in der Hochhaus für Musik unter Leitung der Opern- und Kammeränger's Wagner's Klänge (Sopran) sowie des Violin-Virtuosen Kurt Vogel ein Konzert.

**Die klassische Einheitsfeier** Lebens- und Produktionsfeier bei der neuen Buch von Prof. Paul Dehne, d. des Vorsitzenden des Bundes einheitsdeutscher Schulreformer. Es wird bei E. A. Schwesinger & Sohn, Berlin.

**„Trikon und Bolde“** in Paris. Im Theater „Champs Elysees“ haben Mitglieder der russischen „Trikon und Bolde“ (Trikon et Bolde) ein erfolgreiches Konzert gegeben.

**Ein Preiswettbewerb für Bühnen** in Sowjet-Russland. Die vom russischen Dichter Galina G. Bujkoff geleitete Kommission für Bühnenbau hat einen Preiswettbewerb für Bühnenwerke, die den Geist der Zeit, die Idee des Proletariats und die Ideen des Sozialismus darstellen. Die Preise für die besten Werke betragen 1 Million, 500 000 und 200 000 Rubel. Auch für den besten Roman ist ein Preis von 1 Million Rubel ausgesetzt.







Nach „Berlin N.“ bestimmte Bestimmungen werden vielfach vom Berliner Abfender nur mit der Ortsbezeichnung „Nord“ versehen und infolgedessen nach Norden (Ort in Ostfriesland) fehlgeleitet. Zur Barmeldung von Verzögerungen ist daher die Angabe „Berlin N.“ erforderlich.

**Unterfischung von Speditionsbüchern.** Zu der unter dieser Spitzmarke erschienenen Notiz in Nr. 146 des „Vorwärts“ schreibt uns der Spediteur Benzell, daß er keine Speditionsbücher unterfischen habe und auch deswegen nicht gefährdet sei. Er sei vielmehr auf Grund ordnungsmäßiger Papiere zu einer Verhandlung mit dem königlich holländischen Konsul nach Amsterdam gefahren. Bei der angebliebenen Unterfischung handelt es sich um eine ordnungsmäßige öffentliche Versteigerung von Lagergut, für das kein Versender und kein Empfänger zu ermitteln war. Fräulein Bruhn sei nicht seine Buchhalterin, sondern seine Verlobte und habe mit dem Geschäft nichts zu tun. Weil er an Heraträmpfen leide, habe sie ihn auf Anordnung des behandelnden Arztes begleitet. Da sich an die Amsterdamer Verhandlungen eine Geschäftsreise in das rechtsrheinische Gebiet nötig machte, habe sich seine Rückreise infolge der Belegung dieses Gebietes kurze Zeit verzögert.

**Keine Flagge auf dem Universitätsgebäude.** Wir berichten kürzlich, daß auf dem Kulgebäude der Universität die Flagge halbmast gehißt sei. Wie uns von einem Betriebsrat der Universität mitgeteilt wird, handelt es sich hier nicht um das Kulgebäude, sondern um das daneben liegende Kaiser-Wilhelm-Palais.

**Die Sportabteilung der Humboldt-Hochschule** veranstaltete am Sonntag in der „Scala“ eine Matinee. Herr Reutlich, der Abteilungsleiter der Sportabteilung, sprach über den Sport und seine individuelle wie gesellschaftliche Bedeutung. Der Dozent Jentsch hat mit seiner Schule gymnastische Übungen vor, bei denen, den ausführenden dieselbe unbewußt, Gleichmaß und Rhythmus starke ästhetische Wirkungen hervorbrachten. Es folgte unter Führung des Herrn Kofas ein Boxkampf, der — man sage, was man wolle — nur so lange nicht unerschütterlich roh wirkt, wie er Spiel bleibt. Zum Schluß wurde der hier schon besprochene Film „Das Wunder des Schneehaars“ gezeigt. Kein Wort, kein Lächeln, kein Schreien und kein Angeschrien ereignet sich. Kein Filmstar wirkt mit. Darstellerin und Reiterin zugleich ist Kischkowskaja Natur. Ein Koppel an den guten Geschmack des Publikums, das aller Voraussicht nach richtig reagiert wird. Es ist kein Film mehr, es ist ein vollendetes Kunstwerk.

**Das neue „Vorwärts“** über dieses Thema spricht auf Einladung der Jungsozialistischen Vereinigung S.O.D., Gruppe Friedrichshagen, morgen (Donnerstag), abends 7 1/2 Uhr, im Konferenzzimmer der Gemeindefabrik, Straßmannstraße, nahe Gieselerstraße, W. Genosse Kunda tje von der Sozialistischen Gesellschaft. Gäste willkommen.

## Filmschau.

„Der zugehende Tod“, ein Filmdrama in sechs Akten, wird in der Schauburg gezeigt. Das ganze ist reichlich langatmig und behandelt das Schicksal eines Arztes, der ein Mittel zur Bekämpfung aller Krankheiten gefunden zu haben glaubt und schließlich ein Opfer seiner Entdeckung wird. Dieses nicht gerade neue Thema wird mit üblichen Mitteln und nicht gerade sehr überzeugend dargestellt. Das Beste daran ist der Titel. — Die Filmpartie „Banditen“, zeichnet sich durch flotte Handlung und gute Darstellungen aus.

## Groß-Berliner Parteinaudichten.

Heute, Mittwoch, den 20. April:

- 1. 11. April, 7 Uhr in der Turnhalle der 21. Gemeindefabrik, Köpenicker Straße, 1. Versammlung der auf dem Kulgebäude der S.O.D. stehenden Ortsgruppe der 21. und 22. Gemeindefabrik. Sitzungsgegenstand: Wahl der Ortsgruppe.
- 2. 11. April, 7 Uhr in der Schulstraße 10, 1. Versammlung sämtlicher S.O.D.-Ortsgruppen. Referent: Dr. Richard Böhm.
- 3. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Kämpfer, Prenzlauer Str. 3. Sitzung der Abteilungsleitung der Funktionäre und Parteiführer. Wichtige Tagesordnung.
- 4. 11. April, 8 Uhr bei Ostlich, Köpenicker Str. 10. Referent: Frau Dr. Bicher. Tagesordnung: Frauenabend. Referent: Frau Dr. Bicher.
- 5. 11. April, 7 1/2 Uhr in der Krollstraße, am Stübchencafé, Mitgliedsversammlung. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 6. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Kämpfer, Prenzlauer Str. 3. Sitzung sämtlicher Funktionäre.
- 7. 11. April, 7 1/2 Uhr in der 2. Gemeindefabrik Generalversammlung. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 8. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Kämpfer, Prenzlauer Str. 3. Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 9. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Kämpfer, Prenzlauer Str. 3. Versammlung. Referent: Dr. Bicher. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.

Morgen, Donnerstag, den 21. April:

- 1. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Ostlich, Köpenicker Str. 10. Zusammenkunft der 18-20jährigen Genossen und Genossinnen zwecks Gründung einer „Jugendsozialistischen Vereinigung“. Vortrag des Genossen Robert Kunda tje über Wesen und Ziele der Jungsozialisten.
- 2. 11. April, 7 Uhr bei Burg, Prenzlauer Str. 100, wichtige Sitzung der Funktionäre.
- 3. 11. April, 7 1/2 Uhr im „Reichsbote“, Köpenicker Str. 10, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 4. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Ostlich, Köpenicker Str. 10, Frauenabend. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 5. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Ostlich, Köpenicker Str. 10, Frauenabend. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 6. 11. April, 7 1/2 Uhr bei Ostlich, Köpenicker Str. 10, Frauenabend. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.

## Jugendveranstaltungen.

Wende Wöchentlich-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: Köpenicker Str. 10, 2. und 3. Stock.

Mittwoch, den 20. April:

- 1. 11. April, 7 1/2 Uhr im „Reichsbote“, Köpenicker Str. 10, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 2. 11. April, 7 1/2 Uhr im „Reichsbote“, Köpenicker Str. 10, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 3. 11. April, 7 1/2 Uhr im „Reichsbote“, Köpenicker Str. 10, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 4. 11. April, 7 1/2 Uhr im „Reichsbote“, Köpenicker Str. 10, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 5. 11. April, 7 1/2 Uhr im „Reichsbote“, Köpenicker Str. 10, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.
- 6. 11. April, 7 1/2 Uhr im „Reichsbote“, Köpenicker Str. 10, öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Kunda tje. Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung.

## Aus aller Welt.

Schlagwetter im Braunkohlenschacht.

Auf dem Braunkohlenschacht Eifer der Altkohlwerke Westeregeln wurden durch eine Explosion schlagender Wetter 30 Bergleute getötet. Sie konnten wieder ins Leben zurückgerufen werden. Dagegen dürften 4 Bergleute, die vermisst werden, der Explosion zum Opfer gefallen sein.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wund seltsames Geschehen, Vortragsgruppe Noobit, Donnerstag, den 21. April, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal der Tugendhofs Brauerei, Turmstraße 10, Ecke Stromstraße, öffentliche Versammlung. Thema: Der Bund sozialistischer Sozialisten und die Gegenwart. Referent: Herr Bischoff und Dr. Kunda tje. — Mitternachtskaffee, Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, Lichtbühnenverein in der Aula des Volkshochschulgebäudes, Schwanenstraße 14, Dr. med. Bornheim spricht über „Hausbesitz und Kubaerzählung“. Eintrittsfrei am Sonntag.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Das Gewerbe ist bekannt, daß mit dem 1. März der Aus- und Wiedereinfuhr in die Reichsgebiete Übergangene ist. Aus- und Wiedereinfuhr sowie Einfuhr von Waren aus dem Ausland ist seit dem 1. März unter der Aufsicht des Reichsausschusses für den Handel und die Industrie geregelt. Die Reichsausschüsse sind bereits in der Angelegenheit der Einfuhr von Waren aus dem Ausland tätig. Die Reichsausschüsse sind bereits in der Angelegenheit der Einfuhr von Waren aus dem Ausland tätig. Die Reichsausschüsse sind bereits in der Angelegenheit der Einfuhr von Waren aus dem Ausland tätig.

# Schwere Strafen für Ferrys Opfer.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Junger Kriminalkommissar Scherler gibt noch an: Hölz hat bestritten, mit den Laten in Berlin etwas zu tun zu haben; er hat aber gesagt, daß er etwa vor 6 Wochen in einer Versammlung in der Berlinischen Straße gewesen sei, deren Zweck es war, einen Genossen zu gewinnen für die Befreiung inhaftierter Genossen. Das war alles was er sagte.

Vorj.: Heute wurde hier behauptet, daß ein Wilhelm Hering in Mitteldeutschland herumreise, daß er unter diesem Namen in Halle gefangen worden sei, und der Polizei sehr gut bekannt ist. Zeuge: Ich habe schon gestern erklärt, daß die Polizei froh wäre, wenn sie den Ferry hätte. Auch wir sind der Ansicht, daß Ferry der spiritus rector des Unternehmens ist, und hatten schon vor der Verhaftung der letzten Angeklagten bestimmte Ermittlungen behufs Festnahme des Ferry eingeleitet. U. A. Broh: Wir kennen ja diese Komödie. Vogel ist auch verurteilt worden und nachher hat das Auto bereit gestanden, um ihn nach Holland zu bringen. U. A. Dr. Fraenkel fragt den Zeugen dann, ob er die Lieberzeugung habe, daß die Polizei den Ferry nicht bereits hat, daß er also nicht identisch mit Hölz sei. Zeuge: Reines Gerächens ist das ausgeschlossen. U. A. Broh: Ist der Polizei bekannt, daß Ferry sich als Wilhelm Hering bei der Polizei schriftlich angemeldet hat und danach auch persönlich auf dem Polizeibureau gewesen ist? Ich folgere daraus, daß Ferry nicht Hölz sein kann, denn Hölz war selbstverständlich nicht angemeldet und konnte sich deshalb auch nicht zur Polizei begeben. Zeuge: Das ist garr nicht unmöglich, wenn er sich unter falschem Namen angemeldet hat, kann er schon dort gewesen sein. Hölz sieht heute ganz anders aus, als auf den Bildern. Kein Mensch würde ihn erkennen. Der Zeuge betonte noch, daß Hölz bei seiner Vernehmung in jeder Beziehung zurückhaltend war.

U. A. Broh: Hölz hat den Wunsch ausgesprochen, vor dem Schwurgericht in Plauen abgeurteilt zu werden. Zeuge: Er hat gesagt, daß er natürlich auch andere Attentate ausgeführt habe, aber näheres hat er nicht angegeben. U. A. Broh: Hat der Zeuge nicht den Eindruck, daß Hölz nicht ein solcher Phantast und Narr wäre, ein so nutzloses Unternehmen, wie das bei der Siegesfeste zu veranstalten, sondern, daß er genau weiß, was er will, und wie jeder Feldherr im Kriege handelt, wenn es notwendig ist, Brücken sprengt (1), um Truppen fernzuhalten und ähnliches? Zeuge: Ich halte den Hölz für einen sehr energiegelassen Mann, aber diese Schlüsse zu ziehen, ist mir unmöglich. U. A. Dr. Fraenkel: Haben Sie nicht nach der Verhaftung des Frau Wolf ihr vorgehalten, die Polizei wisse, daß die Eheleute an dem Sonntag, an dem sie nachts verhaftet worden sind, in Karlshorst gewesen seien. Zeuge: Das habe ich gewußt. Verteidiger: Daraus folgere ich, daß die Wohnung bewacht war. Die Polizei muß dann also auch gesehen haben, daß an diesem Tage Ferry in die Wohnung hineingekommen ist. Zeuge: Wir haben den ganzen Vormittag stundenlang gewartet, und es ist uns nicht gelungen, Ferry zu bekommen, so daß wir die Beobachtung als zwecklos aufgaben. U. A. Fraenkel: Sie haben also vielleicht die Beobachtung unmittelbar, bevor Ferry ins Haus kam, aufgegeben, so daß dieser nachher das Haus auch ungehindert verlassen und seine Reise nach Mitteldeutschland antreten konnte. Zeuge: Dieser Folgerung kann ich nicht zustimmen. Vorj.: Hatte die Beobachtung lebhaft den Zweck, Ferry zu verhaften? Zeuge: Ja, natürlich hätten wir auch den anderen Mann, den sogenannten Spandauer, festgenommen, wenn er dabei gewesen wäre. Staatsanw.: Halten Sie es für ausgeschlossen, daß eine höhere Instanz über Ihren Kopf hinweg Anweisungen hätte geben können, den

Ferry einschließen zu lassen?

Zeuge: Das hätte ich nach dem ganzen Geist meiner Behörde für ausgeschlossen.

Damit ist die Beweisaufnahme zu Ende.

Vorj.: Wir müssen uns nunmehr über die von der Verteidigung gestellten Anträge über Verurteilung usw. schlüssig werden. Staatsanw. Dr. Jäger: Ich bitte, diese Anträge abzulehnen, insbesondere auch den Antrag auf Verurteilung des Max Hölz, der die Angeklagten einschließen konnte. Nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende folgenden

Gerichtsbefehl:

Der Antrag der Verteidigung auf Verurteilung, Ermittlung und Sedung des Ferry (Wilhelm Hering oder Franz Kromer) und des Wilhelm Pieper in Neufeld zum Beweise darüber, daß Ferry ein Polizeispion sei und die Angeklagten zu dem Siegesfeste-attentat veranlaßt habe, wird abgelehnt, da durch die Aussage des Kriminalkommissars Scherler einwandfrei feststeht, daß Ferry kein Polizeispion ist, und daß die Polizei alle nötigen Vorregeln ergreifen hat, um Ferry zu fassen. Die Tatsachen, daß Pieper der Polizei Mitteilungen über das Attentat gemacht habe, sind für die Beurteilung der Schuldfrage unerheblich. Die Vernehmung des Wilhelm Hering in Magdeburg ist durch die Aussage des Kriminalkommissars Scherler unerheblich geworden. Dasselbe gilt von der Vernehmung des Zeugen Koc m. Der Antrag, den Max Hölz als Zeugen zu vernehmen, wird abgelehnt, weil als wahr unterstellt wird, daß

Ferry nicht identisch mit Hölz

ist und weil auch, wenn Hölz die übrigen Beweisfragen bekräftigen würde, seine Aussage mit Rücksicht auf den Verdacht seiner Leilnehmerhaft überflüssig sein würde.

Die Verteidigung will hiernach überlegen, ob sie ihr Amt weiterführen könne.

Nach der Mittagspause ist die Verteidigerbank leer. Der Vorsitzende stellt das fest und erklärt hierauf die Beweisaufnahme für geschlossen.

Staatsanw. Dr. Jäger: Die Siegesfeste ist in unseren Tagen der baherfüllten Feinde das einzige Symbol der deutschen Einigkeit. Zu anderen Zeiten würde man die Tat für das Produkt eines Geisteskranken gehalten haben. Die Tat wäre ohne die kommunistischen Bestrebungen der Angeklagten unmöglich. Ueber den Kommunismus als Weltanschauung wird die Geschichte entscheiden und nicht der Gerichtshof. Wie jede Partei, hat auch die kommunistische das Recht, eine Anerkennung der Reichsverfassung zu erstreben. Kommunist zu sein, ist Privatangelegenheit des Einzelnen. Anders ist es aber, wenn der Kommunismus seine Ziele durch Gewalttaten erreichen will. Dann hat die Staatsgewalt die Pflicht der Zurückweisung. Die Angeklagten geben die Absicht der Sprengung zu. Daß der Plan nicht in ihrem Hirn entsprungen ist, kommt ihnen zugute, aber die Tat wurde mit ihrem Willen verwirklicht. Sicherlich muß derjenige, der diesen Plan ausgeheckt hat, ein überlegener Kopf sein und großen intellektuellen Einfluß ausgeübt haben. Die Sprengung sollte der Auftakt zu weiteren revolutionären Handlungen sein. Es besteht kein Zweifel, daß ein Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung in Mitteldeutschland besteht. Die Sprengung sollte ein Signal für die Errichtung der Räterepublik in Deutschland und deren Verbindung mit Sowjetrußland sein. Die Angeklagten waren in diese Ziele eingeweiht und damit einverstanden.

In diesem Augenblick erscheinen die beiden Verteidiger und protestieren dagegen, daß in ihrer Abwesenheit verhandelt wurde. Die Verteidigung ist notwendig, da es sich um Verbrechen handelt, die vor das Schwurgericht gehören; andere Sondergerichte hätten in solchem Falle Pflichtverteidiger gestellt. Der Vorsitzende erwidert, daß das Gericht sich die Sache genau überlegt habe und zu der Ansicht gekommen sei, daß es sich um keine notwendige Verteidigung handle. Wenn das Gericht aber gewußt hätte, daß die Verteidiger nicht absichtlich ferngeblieben seien, so würde man gewartet haben. — Die Verteidigung erklärt unter

Protest gegen die Ablehnung ihrer Beweisanträge (Scheinattentat), weiter zu antworten.

Staatsanw. Dr. Jäger fährt fort und weist u. a. darauf hin, daß die Frage, ob die Idee zu der Tat dem Hirn des

Ferry oder Hölz

entsprungen sei, in dieser Verhandlung nicht aufgeklärt werden könne. Der Zustand in Mitteldeutschland sei aber nicht von den holländischen Kommunisten infiziert, sondern von den von Moskau geschickten Leuten. Der Staatsanwalt kommt zu dem Schluß, daß sich die Angeklagten schuldig gemacht haben. Zu ihren Gunsten sei anzunehmen, daß sie vielleicht unter dem falschen Einfluß eines geistig höherstehenden Mannes gestanden haben. Dies werde auch durch das Gutachten des Medizinrats Störmer bestätigt, der sagte, daß die zum größten Teil nervenschwachen Angeklagten sehr leicht zu beeinflussen seien. Andererseits handele es sich um eine von der Zerstörungswut brutal fanatischer Menschen geplante Tat, durch welche lediglich die Verletzung des Gefühls, welches noch in einem großen Teil unseres Volkes vorhanden ist, beabsichtigt war. Gerade die Angeklagten, die verlangen, daß man ihre politische Ansicht respektieren soll, haben sich dazu verstanden, eine brutale Verletzung der Gefühle und politischen Anschauungen weiter Kreise des deutschen Volkes zu begehen und es kann keine Rede davon sein, daß die Tat ein Spitzelunternehmen ist. Juristisch sei selbst wenn Ferry kein Attentat geplant hätte, ein Strafbarkeit der Angeklagten vorhanden. Es genüge nach § 6 des Sprengstoffgesetzes allein schon die Betreibung mehrerer Personen, eine derartige Handlung begehen zu wollen. Schließlich wurden beantragt

gegen Moebes, Merdon, Neumann, Hannemann, Kranz, Ramincki und Schurichinski je 9 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Polizeiaussicht sowie Einziehung der beschlagnahmten Waffen; gegen Baumbach, Lemke und Röhring je 3 Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaussicht wegen versuchten Hochverrats und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz; bezüglich des Kunstmalers Wolf Freisprechung, weil die Beweisaufnahme nicht genügend Beweismaterial ergeben habe.

Verteidiger Broh hält eine mehrstündige politische Rede, in der er u. a. sich gegen sämtliche politischen Parteien wendet. Alle Unruhen seit der Novemberrevolution seien hervorgerufen durch die Spitzelaktionen der Rechtsstehenden. Leider sei das Proletariat darauf immer wieder hineingefallen und auch jetzt wieder. Die Ebert, Seegering und Hörling hätten den Keren Plan geholt, der von dem Kopf der sozialistischen Regierung, Parvus-Jelphand, ausgearbeitet wurde, den Rechtsstehenden zu zeigen, daß sie genau so wie diese infolge seien, die gegen die Satten anstimmenden hungerigen niederzuschlagen. Hörling sei daher beauftragt worden, in Mitteldeutschland zu provozieren. Die kommunistische Partei sei nicht von Moskau, sondern von Seering geschoben worden. Das Proletariat müsse endlich lernen, sich nicht mehr von der Parteipolitik von links und rechts provozieren zu lassen, seine Rettung werde ihm allein die Organisation in den Betrieben bringen. Auch Hölz halte den Ferry für einen Provokateur und Spion. Die Tat sei gar nicht ernstlich ausgeführt worden, sondern nur ein Theatercoup, und die Angeklagten müßten freigesprochen werden. — Verteidiger Fraenkel betonte, daß der Wächter der Siegesfeste und nach ihm die 70 bis 80 Personen des Dynami nicht gesehen haben. Die Siegesfesteinsziffer sei von der Polizei zu einem Bürgerkrieg benutzt worden. Das Gericht dürfe seinen Spruch nicht nach den Wünschen der rechtsstehenden Presse fällen, sondern nur das wirkliche Recht zu finden suchen. Der Verteidigung sei leider

der Beweis abgeschulden

worden, daß Ferry nicht die Absicht der Sprengung hatte. Dieser Beweis müßte unbedingt zur Freisprechung der Angeklagten führen.

Die Angeklagten erklärten sich für vollkommen unschuldig, namentlich der 19-jährige Ramincki hielt noch eine längere Rede, in der er schilderte, daß er durch Hunger gezwungen worden sei, zu stehlen, und eine trübe Jugend gehabt habe. „Sie können gar nicht nachempfinden, welchen Jörn wir gegen die reiche Brut der Geldsäcke haben, die schmelzen und proffen, während wir jämlich gequält werden. Ich habe kein Vertrauen zu diesem Gericht, weil es ein Gericht von Geldsacks Gnaden ist. (Mit der Hand auf den Staatsanwalt zeigend): Wenn es auf den Antäme, würden wir gleich an die Wand gestellt werden. Als einziger Jugendlicher würde ich gern die Strafe der anderen auf mich nehmen, obwohl ich das kaum überleben würde. Wenn ich aber lebend herauskomme, weiß ich, was ich zu tun habe!“

## Das Urteil.

Nach einstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsdirktor Braun folgendes Urteil: Bezüglich der Angeklagten Baumbach, Lemke und Wolf ist das Gericht mangels Beweisen zur Freisprechung gekommen. Die Angeklagten Kranz und Ramincki werden nur wegen Verbrechens gegen die Verordnung betr. den Waffenbesitz und die Entwertung der Beschlagnahme verurteilt. Dagegen mußten die anderen Angeklagten wegen des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Hochverrat und zum Teil wegen Verbrechens gegen die genannte Verordnung verurteilt werden. Das Gericht hat kein Bedenken gehabt, anzunehmen, daß

kein Spitzelattentat

vorliege. Es handelt sich im Gegenteil um ein ganz ernsthaftes Attentat gegen die Siegesfeste. Das Attentat steht in Verbindung mit dem Aufruhr in Mitteldeutschland. Das geht schon hervor aus dem Ausspruch Ferrys in der Versammlung in der Berlinischen Straße, daß die revolutionäre Bewegung einen Anstoß bekommen müsse, ferner daraus, daß der Sprengstoff aus dem Mansfeldischen herkam, dem Zentrum der aufrührerischen Bewegung. Die Angeklagten wollten einen Auftakt geben zu dem Aufruhr in Berlin und wollten, daß die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam geändert werde. Sie haben damit gegen § 31 StGB. verstoßen. Die Strafe mußte nach § 6 des Sprengstoffgesetzes bemessen werden, weil dieses die höhere Strafe vorsieht.

Kranz und Ramincki wurden zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt; bei den anderen Angeklagten war kein Anstoß, auf die mildeste Strafe zu erkennen. Andererseits kam aber mildernd in Betracht, daß das verwerfliche Attentat gegen die Siegesfeste, dieses Wahrzeichen von Deutschlands Größe und Vergangenheit, nicht zur Durchführung gelangt ist. Es ist deshalb

nur auf 6 Jahre Zuchthaus

erkannt worden. Eine Straferhöhung tritt für dieselben ein, die sich auch gegen die Entwertungsvorschriften ergangen haben. Es wurden daher verurteilt die Angeklagten Merdon, Hannemann, Schurichinski und Röhring zu je 6 Jahren 4 Monaten Zuchthaus, Moebes und Neumann zu je 6 Jahren Zuchthaus, sowie sämtliche Angeklagte zu 10 Jahren Ehrverlust und Verlust der Stellung unter Polizeiaussicht. Die benutzten Waffen sind dem Reiche verfallen, die Munition, Sprengstoff usw. werden eingezogen.

Im Gegensatz zu den Richtern haben wir aus der Verhandlung den Eindruck gewonnen, daß der vielgenannte Ferry ein Laodäischer Spion ist und keineswegs mit Hölz identisch ist. Es scheint fast, daß diese Behauptung nur verbreitet wurde, um den wahren Ferry zu maskieren. Jedenfalls hat das Gericht seine Aufgabe, den Tatbestand aufzuklären, soweit dies menschlich möglich ist, in keiner Weise erfüllt. Es hat sich gewundert, obwohl Hölz als Zeugen zu vernehmen, als auch den ge-



# Preussischer Landtag.

10. Sitzung, Dienstag, den 19. April, 2 Uhr nachm.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Rotberordnung über den Zusammenritt des Provinziallandtages der Provinz Nieder-Schlesien und die nachträgliche Erhebung von Provinzialsteuern für die Provinzen Ober- und Nieder-Schlesien ohne Aussprache genehmigt.

Als zweiter Punkt wurde ohne Aussprache angenommen der Antrag Hirschfelder (3.) auf Einsetzung eines ständigen Ausschusses von 29 Mitgliedern zur Wahrnehmung der preussischen Verkehrsinteressen. — Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Vizepräsident Dr. Porsch teilt mit, daß die Regierung in der Arbeitslosenfrage morgen noch nicht antworten kann, daß daher die Arbeitslosenfrage frühestens Donnerstag zur Beratung gestellt werden wird. — Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Anträge auf Aufhebung der Zwangswirtschaft. Antrag der Deutschen Volkspartei über die Grenzmark. Schluß gegen 1/2 3 Uhr.

Der Ausschuss für das Städtungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung mit der Beratung des Antrags Dr. v. Krause (DBP.), der die Einsetzung eines besonderen ständigen Ausschusses für das städtische Städtungs- und Wohnungswesen sowie für das

städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen verlangt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Dem 12. Ausschuss für Beamtenangelegenheiten im Preussischen Landtag gehören folgende Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion an: Müller (Hannover) Vorsitzender, Fries, Heller, Kleinmeyer, Michel, Reumann (Magdeburg), Simon.

## Aus der Partei.

### Ausschluß aus der Partei.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Hannover beschloß, das Mitglied Arbeiter Walter Dittmanns (Buchnummer 169), geboren am 8. Juni 1891 zu Göttingen, wegen ehelicher Handlungen aus der Partei auszuschließen.

Dittmanns hat dem Ortsverein Nienburg 8508,87 M. unterschlagen und ist dann geflüchtet. Später lebte er zurück, erklärte sich schriftlich bereit, die unterschlagene Summe in Raten abzutragen. Er hat sein Versprechen nicht gehalten, sondern nur einmal 100 M. abgezahlt. Rumme ist D. wieder flüchtig und hat seine Frau mit 2 Kindern in Nienburg mittellos sitzen lassen. Wie wir erfahren, wird D. jetzt auch noch von Eltona und Bochum aus wegen Betruges verfolgt. Wir warnen unsere Organisationen vor diesem Menschen.

heimtücklichen Ferry zu ermitteln und Herbezuschaffen. Hier zeigt sich, wie unhaltbar der Zustand ist, daß die Ausnahmegerichte den Umfang der Beweisaufnahme völlig nach freiem Ermessen bestimmen, ein Mangel, gegen den sich namentlich der sozialdemokratische Antrag im Preussischen Landtag richtet. Der Umstand, daß das Gericht die Beweisaufnahme hier in unerträglicher Weise eingeschränkt hat, kann den Verdacht nur bestärken, daß das Siegesfäulnissentat auf dem Untergrund von Spitzelmache entstanden ist.

Nimmt man dies aber an, so erscheinen die verhängten Strafen unendlich hoch. Verleitung durch Lockpfeil scheint dem Angeklagten zwar keine Straffreiheit, aber erscheint doch als mildernder Umstand ersten Ranges. Zudem hat man auch hier wieder den Eindruck, daß deutsch-nationale Gefühlsmomente bei der Strafzumessung erheblich mitspielen. Staatsanwalt und Richter haben sich um die Wette entrüstet, daß gerade die Siegesfäule, das „Symbol stolzer Vergangenheit“ Objekt des Attentats war. Man gerät auf den Gedanken, daß die Täter wohl glimpflicher davonkommen wären, wenn sie es vielleicht mit dem Reichstagsgebäude versucht hätten. . . .

Am Sonntag, 17. April, wird abends 8 Uhr im Saal des Schriftführers, Moritzplatz, ein Vortrag gehalten von Herrn Werner im 76. Lebensjahr. Die Einführung findet am 21. April, vormittags 10 Uhr, im Saal des Schriftführers, Moritzplatz, statt. Die Kollegen der Arbeit, Buchhändler.

Für die vielen Beweise unserer Anteilnahme bei dem Hinscheiden unseres treuen, unerschütterlichen Kameraden folgen wir hiermit allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Genossen, dem Bestattungswesen Berlin sowie Herrn Pastor Böls und Herrn Richter für die anlässlich der Beerdigung im Friedhof der Arbeiterjugend Berlin und Berlin im Rahmen der trauernden Hinterbliebenen unserer herzlichsten Anteilnahme. Frau E. Tinsmann u. Sohn, Moritzplatz, 5. Mannstr. 15.

## Aufruf!

Herr Karl Wieland, Fernwähler, oder seine Frau Anna, geb. Damsch, irener Herr Ferdinand Strauch, Möbelhändler, später Restaurateur, werden gebeten, ihre Adressen umgehend an das Sekretariat unserer Redaktion einzuliefern.

Spezial-Arzt Dr. med. Grütering, Aut.-Harn-, Geschlechts-, N.N. u. Frauen, Blutunters., Invalidenstr. 33, Ecke Chausseestr., Stett. Bht. Spr. wochentäglich 11-1. 14-1-17.

SPEZIALARZT Dr. med. Coleman, Friedrichstr. 91/92, Uni-Haut-, Geschlechts-, Frauen-, sex. Neurost., Invid. Behandlung nach den neuesten wissenschaftl. Methoden. Modernste Einrichtungen f. Untersuchung u. Behandlung. 10-1. 5-8. Sonnt. 10-12.

Homöopath. Institut, Schöneberg, u. G. Schulz, Speyerstr. 10/11, hier u. Schöneberg, Behandlungsmöglichkeit ohne Berufsbeschränkung. G. Schulz, Neue Königstr. 50, am Alexanderplatz, Spr. 10-1. 4-8. Eign. 10-12.

Brillanten kauft, zu h. große Posten zum höchsten Kurs, Amsterdamer Diamantschleifer, 160 Friedrichstr. 160, Oegr. 1892.

Spez.-Beh. für Ischias, 1. Hdt. Ger. 25 u. Bein. Da schw. Pille in 18 Tag. bereitigt, hier ob unanzahl. Heilerfolge best. u. Referenz. Invalidenstr. 106, von 10-12. Jacoby

## Achtung! Arbeitnehmer der Gemeindebetriebe Berlins!

Donnerstag, den 21. April 1921, abends 6 1/2 Uhr im „Lehrervereinshaus“, Alexanderplatz, Großer Saal: Funktionär-Versammlung aller im Lohnkartell und der Kata organisierten Gemeindegewerkschafter und Angestellten Berlins

Der Kampf um unser Mitbestimmungsrecht und den Tarifvertrag Freie Aussprache!

Zutritt haben nur Funktionäre gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Funktionärenausweises. Orlisten des Afa-Bundes: Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen und industriellen Angestellten und Beamten, Werkmeister-Verband, Das Lohnkartell: Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Deutscher Transportarbeiter-Verband, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verband der Maschinisten und Helfer, Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Auffallend billig!!! Seiderglanz Popeline-Mantel, Impr. 189<sup>00</sup> Covertroa-Mantel 176, Mantelkleider 275, 410, 657, Prachtkostüme 179, 290, 368, 581, Impr. Saldenmantel 245, 395, 567, Gummimantel 291, 359, 487, Gummimantel 309, 418, 512, Sportjacken, 45, 98, 125, 213, Stoffröcke 44, 68, 117, Fesche Tuchmäntel 345, 490, 615

Gelegenheitskäufe!! Plüschmäntel 510, 650, 915, Pelzmäntel 2000, 3100, 4200, Seaplüschmäntel 1890, 2100, 2800, Astrachanmäntel 300, 470, Krimmermäntel 775

Westmann, 1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a, 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Gartenland, Kapitän-Kautabak, wieder reichlicher in der schönsten guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Herr aufzuföhren, G. Röder, Berlin, Cohnenberger Str. 22, Adnigh. 2861

## Russische Korrespondenz

Nummer 3/4. Inhalt: N. Lenin: Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands. (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Rußlands) / Karl Radetzki: Der X. Kongress der Kommunistischen Partei Rußlands. / Materialien zur Frage des Aufbaus der Partei. / Materialien zur Frage der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften. / Karl Radetzki: Die innere und äußere Lage Sowjet-Rußlands und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands. / N. Lenin: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum. (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Rußlands) / L. Kamenew: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umzingelung. (Rede auf dem X. Kongress der Kommunistischen Partei Rußlands) / Karl Radetzki: Kronstadt. / N. Lenin: Die äußere und innere Politik der Sowjetmacht. (Rede in der Sitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter und Rotarmisten.) / Die Erteilung von Konzessionen an das ausländische Kapital (mit drei Karten). / A. Rykows: Resultate der aufbauenden Tätigkeit der Sowjetregierung. / N. Bogdanow: Die Bauernwirtschaften in Sowjet-Rußland Ende 1920. / A. Swiderski: Die nächsten Aussichten der Lebensmittelversorgung. / Illustrationen und Beilagen: Fünf Plakate (Mehrfarbendrucke). / Drei Landkarten. Preis 6 Mk. Zur beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

## Kaufen Sie

# Dixin

von Henkel

bestes Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket

Aleinsige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf

## Autos

### Gesellschaftsreisen

nach den schönsten Gegenden Deutschlands von 5, 8, 10, 14 täg. Dauer in sechsstündigen, bequemen u. eleganten Tourenwagen

Ausführliche Prospekt kostenlos durch das Reisebüro des Allgäu. Deutschen Automobil-Club, Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 14, Fernruf Zentral 6074, die Tages-Verkehrsgesellschaft m. b. H., Berlin W 35, Potsdamerstr. 103a, oder durch die in dem Prospekt angeführten Reisebüros

23.-28. April	23. u. 24. Mai
<b>Geld-Lotterie</b>	<b>Fürsorge-Lotterie</b>
Gesamtgew. Mark	Gesamtgew. Mark
1000 000	100 000
250 000	50 000
100 000	10 000
Lose zu M. 6. Paris u. Liste M. 1,50 extra	Lose zu M. 2.00 Paris u. Liste M. 1,20 extra

Gustav Haase Nachf., Berlin NO. 43, Neue Königstr. 86 u. Neanderstr. 38, Postfach 6. Berlin 2730. Tel.-Adr. Glücksgott Berlin

## DAS GUTE

### Edelweiß-Seifenpulver

UBERALL ZU HABEN. J. L. KAHN, N. O. 18

## Nervosität

### körperlicher und geistiger Anspannung

Dr. Hoffbauer's ges. gesch. Lecithin-Präparate

mit Eisen | mit Arsen | mit Kola

Aus reinem, dem Nahrungsmittel ausgenommen Nervstoff oder Leucin hergestellt. Ausführt Lit. gratis durch

Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhofpl.), Amt Ztr 7192

## Gebr. Paßmann

Seifenpulver, Preis Mk. 2.25 das Paket

## Adler, Ideal Continental

Mercedes, Underwood, Erika, Corona u. a. schon von M. 2500,- an lieferbar! Lagerbesuch unbedingt lohnend!

Otto Reichel, Berlin 48 50, Offenbacherstr. 4

## Möbel

Jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung

Möbelhaus Andressstr. 28, Strengste Diskretion.

## Spezial-Arzt

Dr. A. Löser sen., Nur Rosenthalerstr. 69-70

## Dr. med. Meyenberg u. Dr. Ritter

G. m. b. H. Haut-, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchung, Salvarsan, Neuartige vollkommene Behandlung nach 14. etc. D.R.-Patent. Fäden im Urin, Verengung usw. im eig. Verlaufe ersch. Das Ende der Syphilis als Volkskrankheit. M. 10,-. Lebensglück der Frauen. M. 2,-. Prospekt kostenlos. Sprechst. 11-1 u. 5-7, Sonnt. 11-1. Damenzimmer. Potsdamer Str. 27b a. d. Potsd. Br. 4

## Wanzen und Brut

vertilgt restlos zur Kammerjäger Berg's Nicodant. Erfolgr. verblüffend. Kinderl. ansuw. Dankst. v. überall. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Erhalt. l. all. Drogenien u. Apotheken u. s. s. m. V. a. r. o. n. h. u. s. e. r. A. W. e. r. t. h. e. i. m. p. o. s. t. i. t. u. t. b. e. i. H. e. r. m. A. G. r. o. e. s. e. l. Berlin, Königsplatz Str. 49.

Zähne 4 M. 3,- Zahnteilnehmer m. Einsp. höchst schmerzlos im Umarb. schlechteste Gebisse. Rep. 50,- Zahnarzt Wolf, Potsdamer Str. 64, Machb. Sprechz. 9-2







## Brandler und Sievers verhaftet.

Die Mitglieder der RPD-Zentrale Brandler und Sievers (der zweite ist Rechtskommunist und deswegen aus der Zentrale ausgeschlossen) sind gestern verhaftet worden. Die „Rote Fahne“ begnügt sich mit einer Zeile über Sievers, feiert aber den bisher wenig bekannten Brandler als einen „Führer des Proletariats“. Sie sagt, Severing habe „auch diese Schandtat vollstrecken lassen“, obwohl der Haftbefehl von der Staatsanwaltschaft ausgeht, mit der Severing bekanntlich nichts zu tun hat. Die eigentliche Schuld aber schiebt sie den Unabhängigen und den Rechtskommunisten zu; sie meint, man habe die Verhaftung sehr opportunistisch gefunden, „weil die Hilderdinge genug gehetzt haben“ und „weil der Staatsanwalt das lächerliche Material der Schmähchrift Paul Davis in Händen hat“. Das kommunistische Blatt ergeht sich dann in Drohreden, die höchstens peinlich wirken, weil man zu deutlich die Ohnmacht merkt, die dahinter steckt. Hätte die „Rote Fahne“ nur eine Spur von Gewissen, so würde sie bedenken, daß sie mit ihrer Art, die Zufolge des Putzsches parteipolitisch auszuschlichten, die Lage der Angeklagten nur noch weiter verschlechtert.

„Revolutionsphrasen bleiben Phrasen“ sagt die „Rote Fahne“ in derselben Nummer gegen die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, das Organ der RPD. Findet sich nicht ein Ökonom, der dieses treffliche Wort in Gold gestickt der Redaktion zum Schmutz ihrer Stube schenken möchte?

## Der neue Reichsetat.

Das Reichsfinanzministerium gibt den Voranschlag für den Reichshaushalt 1921 bekannt. Er zeigt im ordentlichen Etat Einnahmen und Ausgaben von 48 943 202 051 M., etwa 2 1/2 Milliarden Mark mehr als im Vorjahre. Nicht darin enthalten sind die Betriebsverwaltungen. Von ihnen wird nur bei der Reichsdruckerei ein Uberschuß von 3,2 Milliarden Mark erwartet, während man mit Zuschüssen von 3,34 Milliarden Mark bei der Post und von 3,77 Milliarden bei der Eisenbahn rechnet. Außerdem beantragt aber die Reichsbahnverwaltung auch aus dem außerordentlichen Haushalt einen Zuschuß von 5,64 Milliarden, so daß dieser insgesamt einen Fehlbetrag von 9,22 Milliarden Mark aufweist. Da diese Rechnung noch nicht kompliziert genug ist, behält man sich noch Anforderungen von Mehrausgaben vor, die aus dem Besoldungsgesetz vom 17. Dezember 1920, aus der neuen Erbschaftsteuereinteilung, aus dem Pensionsergänzungsgesetz, aus der Erhöhung der Teuerungszuschläge und der Arbeitslöhne erwachsen. Es handelt sich hier um 2,5 Milliarden Mark, die noch nicht eingeseht sind.

Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts sind nach dem Voranschlag fast nur noch halb so groß wie im Vorjahre. Hierfür werden „nur“ noch 43,8 Milliarden angefordert. Aber auch diese Ausgaben sind nur zu einem knappen Viertel mit 10,05 Milliarden Mark durch Einnahmen gedeckt, darunter 7,8 Milliarden Mark aus dem Reichsnotopfer. Die noch ungedeckten Ausgaben wären durch Anleihen aufzubringen.

Das Haushaltsgesetz verlangt zum Abbau der Ausgaben die Verringerung des Beamtenkörpers um ein Viertel; die Verminderung erfolgt in der Weise, daß von den freierwerbenden Beamtenstellen vorläufig nur die Hälfte neu besetzt wird, eine Maßnahme, die leicht zur Verewigung des Juristenprivilegs ausgenutzt werden kann und die Reform der Verwaltung zum mindesten nicht erleichtert.

25,7 Milliarden Mark sollen allein aus fortdauernden Verkehrs- und Besitzsteuern aufgebracht werden. Die indirekten Steuern, wie Umsatzsteuer, Reichssteuerabgabe, Verkehrssteuer und die Verbrauchssteuern werden erheblich höher veranschlagt als im Vorjahre. Das Reichsnotopfer soll in diesem Jahre 10 Milliarden Mark bringen.

Der Rückgang der Ausgaben beim außerordentlichen Etat erklärt sich aus dem Wegfall von 8 Milliarden Mark für Lebensmittelaufschüsse, von 9 Milliarden an verringerten Zuschüssen für die Post und Eisenbahn und 4 Milliarden Mark Ausgaben zur Abwicklung der alten Wehrmacht. Eine besondere Ermäßigung erfassen die Ausgaben dadurch, daß das Reichsfinanzministerium vierzehn Tage, ehe die Entente zur zwangsmäßigen Beitreibung von 226 noch nirgend verbuchten Goldmarkmillarden schreitet, aus den Ausgaben zur Erfüllung des Friedensvertrags 10 Milliarden streicht! — Das Reichsfinanzministerium treibt da eine Vogelstraußpolitik, die auch durch den Hinweis nicht beschönigt wird, daß es sich nur um eine provisorische, rechnungsartige Regelung handelt. Irgendwann einmal wird man doch ernsthaft damit rechnen müssen, daß gezahlt aber geleistet werden soll.

## Aufhebung des Hohenzollernvergleichs?

Wie die „WPR“ hören, hat das Preussische Finanzministerium dem Kabinett den Antrag unterbreitet, den bekannten Vergleich mit den Hohenzollern über die Vermögensausgleichung vom Januar 1920 aufzuheben. Der Antrag des Finanzministeriums stützt sich darauf, daß Franz Friedrich Leopold von Preußen gegen den preussischen Staat klagbar geworden ist; er klagt auf Feststellung, daß die Herrschaften Platau und Kronjank sein Privatvermögen seien. Da diese Bestätigungen einen integrierenden Bestandteil des Vergleichs ausmachen, ergäbe es dem Finanzministerium nicht mehr möglich, den alten Vergleich in seiner Gesamtheit aufrecht zu halten. Ueber den Antrag des Finanzministeriums wird natürlich erst das neue preussische Kabinett zu entscheiden haben.

## Ein Verleumder verurteilt.

Vor der Strafkammer in Königsberg begann gestern eine Reihe von Beleidigungsprozessen gegen den früheren Chefredakteur der deutschnationalen „Ostpreussischen Zeitung“, Eduard Kentel. Zunächst stand ein Strafantrag zur Verhandlung, den Reichspräsident Ebert und der ehemalige Ministerpräsident Scheidemann gestellt hatten. Es handelte sich um einen am 6. Januar v. J. veröffentlichten Artikel, worin behauptet wurde, die Benannten hätten Lebensmittel aus Reichsbeständen in größerem Umfange für sich verwandt; sie hätten ferner ein Redigeld auf Rosa Luxemburg und Liebknecht gesetzt. Kentel gab an, den Artikel aus der „Unabhängigen nationalen Korrespondenz“ genommen zu haben; er hätte ihn nicht nachprüfen können, und bedauere die Veröffentlichung. Das Urteil lautete auf 1000 M. Geldstrafe.

Drei weitere Prozesse sind von dem Regierungspräsidenten Bold angestrengt worden, und zwar wegen mehrerer Artikel, in denen Kentel den Königsberger sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Lübbing scharf angegriffen hatte. Nur der erste dieser drei Prozesse fand gestern seine Erledigung und endete mit der Verurteilung Kentels zu 100 M. Geldstrafe. Die anderen beiden Prozesse wurden ausgesetzt, bis die gegen den Polizeipräsidenten schwebenden Verfahren, die in ursächlichem Zusammenhang mit ihnen stehen, erledigt worden sind.

## Kämpfende Kriegsberichterflatter.

Der Prozeß der Kriegsberichterflatter Scheuermann usw., zu denen sich auch noch Dr. Bongard nachträglich als Nebenkläger gestellt hat, gegen die Journalisten Paul Schweder und Siegfried Jacobsohn wegen Beleidigung wurde am Dienstag fortgesetzt. Momente dafür, daß deutsche Kriegsberichterflatter geständert hätten, wurden aus den Zeugnisaussagen nicht beigebracht. U. a. sagte auch Oberstleutnant Nicolai über die Zustände im Besatzquartier aus. Er teilte mit, daß Reibereien zwischen den Kriegsberichterflattern an der Tagesordnung waren. Schließlich gab es sehr heftige Zusammenstöße zwischen dem Angeklagten Schweder und dem Vorstehenden, die sich steigerten, als verschiedene Bemerkungen des Angeklagten abgelehnt wurden. Der Angeklagte erklärte schließlich, daß er diesem Vorstehenden eine Erklärung nicht mehr abgeben wolle. Der Prozeß zog sich bis in die späten Abendstunden hin, die Verhandlungen boten jedoch nur geringes öffentliches Interesse.

## Stimmen aus dem Saarlande.

Unsere saarländischen Genossen hielten am Sonntag in Saarbrücken eine Bezirkskonferenz ab, zu der 65 Drie 125 Delegierte entsandt hatten. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in zwei Kundgebungen. In der ersten wird an die Arbeiterchaft der ganzen Welt appelliert, die allein die Gewähr dafür bietet, daß der Kampf der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Autokratie und Geistesnachtigheit erfolgreich zur Durchführung kommt. Sie spricht weiter die Erwartung aus, daß die Saargebietregierung „dem Wortlaut und Geiste des Friedensvertrages entsprechend ihre Funktionen ausübt und gemäß den bei Eintritt erlassenen Proklamationen an die Saargebietsbewohner getreu für das Wohl derselben Sorge trägt und nicht durch autoritäre Bezordnungen und Verfügungen verfehlt, wie solche insbesondere in letzter Zeit betr. der Einführung der Frankensoldnung, der Ausweisungen eingewandener Saargebietsbewohner, deren Heimatrecht nicht angetastet werden darf, zu verzeichnen sind.“

Die zweite Entschließung nimmt zum oberstehenden Abkündigungsergebnis Stellung und hat folgenden Wortlaut:

„Die Sozialdemokratie des Saargebietes nimmt mit hoher Befriedigung von dem Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien Kenntnis und spricht ihren oberstehenden Volksgenossen ihre wärmsten Grüße und den tiefsten Dank für ihr Bekenntnis zum Vaterlande aus. Sie erhebt im Namen der auch von den Siegerstaaten dem deutschen Volk noch geschuldeten Gerechtigkeit die Forderungen, Oberschlesien ungeeilt der deutschen Republik zuzulassen. Wenn sich trotz der maßlosen Verfolgungen und Gefahren, denen die Deutschen vor und während der Abstimmung seitens der Polen ausgesetzt waren, dennoch annähernd zwei Drittel für Deutschland entschieden haben, so beweist das unzweifelhaft, daß die oberstehlesische Bevölkerung in ihrer Mehrheit deutsch ist und bei Deutschland bleiben will. Ist das ungeteilte Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland im Interesse der höheren Kultur des Landes an sich schon eine zwingende Notwendigkeit, so kann das durch die Folgezeit sich steigenden Forderungen der Willerten schon weit über seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit besessene Deutschland nicht auf einzelne Teile derselben verzichten, ohne in seiner für die ganze Wiederherstellung Europas so eminent wichtigen Volkswirtschaft und damit in seiner Existenz auf schlimmste gefährdet zu sein.“

Die Saarländer stehen unter denselben Druck wie die Oberschlesier. Wenn sie ihre Freunde über das Ergebnis der dortigen Abstimmung aussprechen, so klagt daneben der Unterton der Klage, daß sie selbst ohne Abstimmungsmöglichkeit auf 15 Jahre den Franzosierungsversuchen ausgeliefert sind. Aber je größer der Druck, desto stärker wird die Sehnsucht nach der Heimat, der deutschen Republik!

## Das Schicksal Wilnas.

Brüssel, den 19. April. (Eigenes Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die für gestern angekündigte Konferenz des Völkerbundes, in der die Frage der Zugehörigkeit Wilnas zu Polen oder Litauen entschieden werden sollte, ist auf den 21. April verschoben worden.

## Lenins neuer Kurs.

Helsingfors, 19. April. (OE.) Die Petersburger „Pravda“ veröffentlicht den Anfang einer Rede, die Lenin auf der Moskauer Konferenz der „Kommunistischen Parteigenossen“ gehalten hat. In dieser Rede erläuterte Lenin, aus welchem Grunde die Zulassung des Freihandels und die Heranziehung des ausländischen Kapitals in bestimmten Grenzen zu dulden sei. Die Ursache der neuen Maßnahmen der Sowjetregierung sei nicht eine Änderung in ihrer Politik, sondern die äußerste Not und die Sachlage, in die man geraten sei. Die Krise der Bauernwirtschaften habe sich als erster erwiesen, als angenommen worden war. Die Naturalsteuer enthalte einen Teil desselben Prinzipals, das bisher durch Zwangsablieferung verwirklicht wurde; die Naturalsteuer würde ebenfalls unentgeltlich Vorräte für die Rote Armee und für die Hebung der industriellen Produktion erfassen. Es sei freilich noch ungewiß, ob es gelingen werde, die Naturalsteuer sofort richtig zu organisieren.

Uebrigens sind auch eine ganze Anzahl sozialpolitischer Vorschriften erlassen, die alles eher als „sozialistisch“ sind; so z. B. ist die Akkorarbeit wieder gestattet und Privatleute können kleinere Fabrikbetriebe aufmachen. Das metrische Maß wird eingeführt und für den freien Handel mit den Bauern soll die Petersburger Münze Silbermünzen — im „geldlosen“ Rußland — schlagen!

Herr Dierschinski, der das Massenmördertum seiner Kauterordentlichen Kommission („Tscheta“) schon vor einiger Zeit (ab)betommen hatte, ließ sich zum Volkskommissar für Verkehrsweisen mit ungeheurer Machtvollkommen ernennen.

Justizminister Dr. Harnisch bleibt. Der sächsische Justizminister Dr. Harnisch hat sein Rücktrittsgesuch wieder zurückgenommen und wird im Amt bleiben. Dr. Harnisch hatte bekanntlich eine reinliche Scheidung von den Kommunisten gefordert und betont, daß er aus politischen Rücksichten nicht mehr im Amt bleiben könnte, weil er von Demokratie und Parlamentarismus eine andere Auffassung habe.

Dr. Karl Meißner, der bekanntlich an den Versäuler Verhandlungen hervorragenden Anteil hatte, wird heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, in dem Wirtschaftspolitischen Abendkursus der Deutschen Hochschule für Politik über „Die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag“ reden. Der Vortrag findet in der Universitäts-Hörsaal 121, statt, wofür auch Eintrittskarten erhältlich sind.

Der Foch in München Wie der „Reichsanzeiger“ jetzt amtlich bekannt gibt, ist der Legationsrat Graf Julius von Foch zum Vertreter der Reichsregierung in München mit der Amtsbezeichnung „Besonderter ernannt worden.“ (Das hat er redlich verdient, nachdem er als Vertreter der republikanischen Reichsregierung demonstrativ an einer Kundgebung für die verstorbenen Kaiserin teilgenommen hatte.)

# Wirtschaft

## Umfang und Ausbau des deutschen Fernsprechwesens.

Die Abteilung für Fernsprech- und Telegraphenwesen im Reichspostministerium zählt insgesamt 1 1/2 Millionen Fernsprechstellen, die 2 1/2 Milliarden Ortsgespräche und 207 Millionen Ferngespräche vermitteln bei einer teils unter, teils oberirdischen Leitungslänge von 318 000 Kilometer und einer Tragleitlänge von 9 Millionen Kilometer, d. h. dem Zwanzigfachen des Äquators. An diesem Verkehr sind ungefähr 3800 Fernsprechämter und 35 000 Telegraphenämter beteiligt mit einem Personal von 123 000 Köpfen. Diese Betriebsabteilung der Postverwaltung ist einem technisch vorgebildeten Spezialchef unter dem Postminister unterstellt worden. Für den Wiederaufbau des Fernsprech- und Telegraphenwesens ist ein langfristiges Bauprogramm festgelegt, das die maßgebenden Kreise demnächst beschäftigen wird. Durch Anwendung neuerzeitiger Technik und Betriebsmethoden hofft man den Betrieb wieder auf die frühere Höhe zu bringen. Da bei der hohen Belastung der Fernsprechnetze der Baukosten sich als unzumutbar erwiesen hat, soll der Gesprächstarif, bei dem jedes einzelne Gespräch bezahlt wird, eingeführt werden. Der Fernsprecherwerb verurteilt nach dem augenblicklichen Stande einen Fehlbetrag von 800 Millionen Mark jährlich. Das ist ohne weiteres verständlich, da die Fernsprechnetze nur auf das Bierfache erhöht wurden, während die Betriebskosten entsprechend der Verdunstung und die Beschaffungskosten für Leitungen, Apparate und Maschinen noch in viel stärkerem Maße, nämlich um das 10-30fache gestiegen sind. Daraus erklärt sich auch, daß die seit 1919 einschließliche des einmaligen Fernsprechnetzes für Wiederherstellungs- und Erweiterungsarbeiten verausgabten etwa 1,36 Milliarden Mark, also etwa 453 Millionen Mark für jedes der ersten drei Nachkriegsjahre, für diese Aufgabe nicht ausreichten. Kosteten doch schon 1913 die fraglichen Arbeiten 110 Millionen Mark jährlich.

Für die gegenwärtigen Zustände im Fernsprecherwerb ist folgende Tatzsache bezeichnend: Seit 4-5 Tagen sind infolge des damals tobenden Sturmes die Teilnehmerleistungen in Kassel gestört und selbst Zeitungen, wie unser „Volksblatt“, können durch Fernanruf nicht erreicht werden!

Gegen die Aufhebung der Papierbewirtschaftung erhebt der Beirat der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungswesen in Uebereinstimmung mit allen beteiligten Wirtschaftskreisen „scharfsten Einspruch“, weil er entgegen den Bestimmungen der Reichsregierung vor dem entscheidenden Kabinettsbeschluss nicht gehört worden ist. Er wendet sich gegen die Plan- und Ziellosigkeit, mit der hier eine für das deutsche Zeitungswesen lebenswichtige und damit unser ganzes Wirtschafts- und öffentliches Leben berührende Frage behandelt worden ist und fordert von der Regierung sofortige Kultivierung.

Erhöhung der Körperschaftsteuer? Das Reichsfinanzministerium scheint mit der steuerlichen Erfassung der hohen Gewinne der Unternehmungsgesellschaften nun doch Ernst machen zu wollen. In der letzten Finanzministerkonferenz wurde erwogen, den Ländern und Gemeinden, denen durch die Abänderung des Einkommensteuergesetzes die Möglichkeit genommen worden ist, aus der Besteuerung des steuerfreien Erfindungsminimums Einnahmen zu ziehen, anderweitige Steuerquellen zu eröffnen. Die immer stärker werdende Bewegung, Privatunternehmungen in die Gesellschaftsform umzuwandeln, um Steuerersparnisse zu machen, hat nach der „Industrie- und Handelszeitung“ zu Erwägungen geführt, eine Erhöhung der Körperschaftsteuer vorzunehmen. Es handelt sich allerdings vorläufig nur um eine prinzipielle Behandlung dieser Frage. — Hoffentlich wartet man mit ihrer praktischen Lösung nicht, bis durch Kapitalverwässerungen und andere Praktiken die ganze Maßnahme unwirksam geworden ist.

Eine vernünftige Entschlieung. Während weite Industrie- und Handelskreise den Ententendruck der Sanktionen dazu ausnützen, um gegen die planmäßige Regelung der Wustuhr Sturm zu laufen, hat der Gesamtausschuss der Außenhandelsstellen Feinkern mit sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß eine Lockerung der jetzt bestehenden Außenhandelskontrolle einschließlich der Preisprüfung keinesfalls zuzugehen ist, daß vielmehr durch verbesserte Kontrollmaßnahmen die jetzt bestehenden Möglichkeiten verschärft werden müssen. Die Außenhandelsstellen Feinkern mit bittet daher, zum mindesten für ihr Zuständigkeitsgebiet einschließlich der wirtschaftlich benachbarten Außenhandelsstellen, die Reichsregierung, von der Anordnung irgendwelcher Maßnahmen Abstand zu nehmen, die auf eine Lockerung und Verwässerung der bestehenden Regelung hinführen.

Der Schwerindustrielle Konzern Otto Wolff, dessen Interessen ursprünglich der Eisenhandel war und dessen Beteiligung an Ruhrindustriellen in letzter Zeit lebhaft kommentiert wurde, dehnt sich weiter aus. Die Bergwerksvereinigungen Concordia, Dahlbusch, die Gewerkschaft Johann Deimelsberg, der Köln-Neuesener Bergwerksverein, die Gewerkschaft Friedrich der Große (Wodumer Verein), Adolphs Eisenbahn und Inker Grub (Mannesmann-Röhrenwerke) sind als Kommanditisten in die Kohlenhandelsfirma Wolff u. Co. in Düsseldorf und Kassel einetreten. Die Mannesmann-Röhrenwerke werden sich laut „Börsen-Courier“ gleichzeitig an der Kohlenhandelsfirma Hanfen, Kreuzburg u. Co., die der Wolff-Gruppe nahesteht, beteiligen.

Auch die Werften erkranken in Gewinnen, die sich nicht mehr verkaufen lassen. Die Schiffswerft und Maschinenfabrik vormals C. Tesdorpf u. Co., Bremerhaven-Bestemünde, bringt auf die Stammaktien eine Dividende von 25 Prozent zur Verteilung. Außerdem sollen 3000 am 1. Januar 1921 dividendenberechtigte Genossenschaftliche im Werte von nominal 3 Millionen Mark gratis an die Stammaktionäre ausgeben sein. Dadurch erhöht sich die Dividende auf über 50 Prozent, wobei eine Feststellung interessant wäre, wieweit davon aus dem Säckel der Steuerzahler durch die Entschuldigungen für das an die Entente gelieferte Material stammt. — Die Vulkanwerft Bremen verteilt eine Dividende von 30 Prozent. — Für beide Gesellschaften stellen die Ausschüttungen Rekordgewinne dar, wie sie vor dem Kriege auch nicht annähernd erreicht worden sind.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet. Im März 1921 wurden im Ruhrbezirk 7 235 600 Tonnen Kohlen (bei 25 Arbeitstagen) gegenüber 8 174 600 Tonnen (bei 24 Arbeitstagen) im Februar 1921 und rund 9 161 400 Tonnen (bei 24 Arbeitstagen) im März 1918 gefördert. Die gegenwärtige Belegschaftsziffer betrug Ende März 538 158 gegen 539 094 Ende Februar. Die arbeitsfähige Förderung ist von 340 600 Tonnen im Februar auf 301 424 Tonnen im März zurückgegangen. Dieser Rückgang von 39 185 Tonnen Arbeitstägig ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß seit dem 14. März durch die Kündigung des Ueberflüchtensabkommens keine Ueberflüchtens mehr verfahren worden sind, teils aber hat auch der Kommunistenaufstand in den Ostereichen daran schuld. Durch verstärkten Abtransport der Lagerbestände hat man versucht, den Förderausfall auszugleichen. Sie sind von 973 000 Tonnen Ende Februar auf 877 928 Tonnen Ende März zurückgegangen.

Neue Verhandlungen zwischen Finnland und Rußland. Nachdem kürzlich die finnisch-rußischen Handelsbeziehungen abgebrochen wurden, hat sich das neue finnische Kabinett für ihre Wiederaufnahme ausgesprochen. Die Verhandlungen mit der Sowjet-Handelsdelegation, deren Wiedereintritt in Helsingfors in der nächsten Woche erwartet wird, sollen fortgesetzt werden.

Sozialisierung in Spanien. Im Senat kündigte Handelsminister Jo Tornos an, in Madrid werde ein Versuch mit der Sozialisierung (wohl Vermögenssozialisation) der Bäckereien gemacht werden. Die Bäckereien würden expropriert werden.



